



**BAYERISCHER
HANDWERKSTAG**

Rede von Herrn Franz Xaver Peteranderl, Präsident des Bayerischen Handwerkstages, anlässlich der Mitgliederversammlung des Bayerischen Handwerkstages am 27. Oktober 2023 in Nürnberg

Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrter Herr Präsident Pirner,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
sehr geehrte Damen und Herren,

die vergangenen Jahre waren von dramatischen Ereignissen geprägt, welche die Wirtschaft schwer belasteten. Auch viele Branchen im Handwerk waren massiv betroffen. Und angesichts der gesamtwirtschaftlichen Rezession und der besonderen Krise im Bauhauptgewerbe, droht dem Handwerk erneut ein weiterer trüber Herbst.

Wie befürchtet kamen auch in der zweiten Jahreshälfte bisher kaum positive Impulse, während die negativen Rahmenbedingungen unverändert Bestand hatten. Die hartnäckige Inflation zehrt an der Kaufkraft der Verbraucher, während die Unternehmen unter hohen Energiekosten und schwacher Nachfrage leiden. Die sprunghaft gestiegenen Zinsen verteuern Finanzierungen und treffen vor allem das Bauhauptgewerbe hart, da die Kombination aus hohen Zin-

sen und den durch Steigerungen bei Energie- und Rohstoffpreisen stark gestiegenen Baukosten einen regelrechten Giftcocktail für die Branche bildet. Einzig die Tatsache, dass die Dynamik der Preisanhebungen inzwischen deutlich rückläufig ist, kann als Pluspunkt verbucht werden.

Die Auslastung im Bauhauptgewerbe sank kräftig. Besonders betroffen ist der Wohnungsbau. Und die Zahl der Wohnungsbaugenehmigungen deutet auf eine weitere Verschlechterung der Branchenkonjunktur hin. Zwischen Januar und Juli ging die Zahl der genehmigten Wohnungen in Bayern um rund 30 Prozent zurück. Obgleich auch das Ausbauhandwerk durch das schwache Konsumklima und die hohen Kosten für Kredite belastet wird, sorgt hier im Zuge der Energiewende die Sondernachfrage nach energetischen Sanierungen für eine stabilere Gesamtsituation.

Insgesamt wurden nach unseren Schätzungen im bayerischen Handwerk zwischen Januar und September rund 108,7 Milliarden Euro umgesetzt, ein Plus von mehr als

sieben Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum. Nach Abzug der immer noch erheblichen Preissteigerungen verblieb unterm Strich allerdings ein reales Minus von etwa 2,2 Prozent. Das Handwerk wird außerdem das dritte Jahr in Folge Beschäftigungsverluste hinnehmen müssen. Nach unseren Berechnungen waren Ende September rund 965.000 Personen im bayerischen Handwerk tätig, ein Minus von rund einem Prozent gegenüber dem Vorjahr.

Ich denke, die schwierige Lage und die bedrohlichen wirtschaftlichen Perspektiven sollten nun alle politisch Verantwortlichen wachrütteln, endlich die Belange von Wirtschaft und Mittelstand in den Mittelpunkt der Arbeit zu stellen. Der Appell geht hier vor allem nach Berlin und Brüssel.

Ich denke das Signal „mehr Augenmerk auf Wirtschaft und Mittelstand“ wurde auch im Rahmen der Landtagswahlen in Bayern und Hessen am 8. Oktober gesetzt. Sicher hat das Thema Migration für das Ergebnis eine Rolle gespielt. Es wurde ja viel von einem Rechtsruck gesprochen. Die

Analysen zeigen aber auch, dass die Themen wirtschaftliche Entwicklung und Energiepolitik maßgeblichen Einfluss auf den Wahlausgang hatten.

Für Bayern selbst bedeutet das Wahlergebnis grundsätzlich Kontinuität. Die Koalition aus CSU und Freien Wählern wird fortgesetzt. Stabile Rahmenbedingungen in den kommenden fünf Jahren sind gewährleistet. Das ist wichtig und auch aus Sicht des Handwerks ein ermutigendes Zeichen.

Denn bereits in der vergangenen Legislaturperiode konnten für das bayerische Handwerk einige wichtige Verbesserungen erzielt werden. Besonders hervorzuheben sind die Fortschritte bei der Verwirklichung einer echten Gleichwertigkeit von beruflicher und allgemeiner Bildung. Die Wertschätzung für die Leistungen der beruflichen Bildung ist deutlich gestiegen. Darüber hinaus wurden auch im Rahmen der Novellierung des Landesentwicklungsprogramms zentrale Anliegen des Handwerks aufgegriffen. Diesen erfolgversprechenden Weg müssen wir fortsetzen.

Der Bayerischen Handwerkstag hatte zur Landtagswahl seine Vorschläge für eine handwerksorientierte Politik in Bayern vorgelegt. Ganz besonders wichtig ist, dass wir bei der Stärkung der beruflichen Bildung weiter vorankommen und dass vor allem die Bildungszentren des Handwerks weiter ertüchtigt werden, um unter anderem die Herausforderungen durch die Digitalisierung zu bewältigen.

Weitere Themenblöcke, die für das Handwerk wichtig sind, sind Energie. Darauf möchte ich später noch näher eingehen. Darüber hinaus brauchen wir ausreichend geeignete Gewerbeflächen, einen reibungslosen Wirtschaftsverkehr und – auch wenn man es fast nicht mehr hören kann – einen deutlichen Abbau der Bürokratie.

Meine Damen und Herren,

ein deutlicher Schwenk der Politik ist aus meiner Sicht auf Bundesebene erforderlich. Hier muss der Fokus deutlich

stärker auf die Wirtschaft gelegt werden. Ansätze dazu gibt es bereits, beispielsweise den Entwurf für ein Wachstumchancengesetz. Neben einer weiteren Verbesserung des steuerlichen Verlustabzugs sind vor allem Maßnahmen zu begrüßen, die auch die bürokratischen Belastungen für kleine und mittlere Unternehmen senken, zum Beispiel die Anhebung der Grenze für die Sofortabschreibung geringfügiger Wirtschaftsgüter, die Anhebung der Ist-Versteuerungsgrenze bei der Umsatzsteuer oder die Befreiung von kleinen Unternehmen von bestimmten Erklärungspflichten. Der Vorschlag ist in der gegenwärtigen Lage ein richtiges Signal. Aber natürlich sind deutlich entschlosseneren Maßnahmen erforderlich.

Auch bei der Kabinettsklausur in Meseberg haben die Ampel-Parteien vieles richtig analysiert und weiteren wirtschaftspolitischen Handlungsbedarf aufgezeigt. Zentrale Punkte sind eine steuerliche Entlastung, die Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren, der Ab-

bau von Bürokratie, eine sichere und bezahlbare Energieversorgung, die Beschleunigung der Digitalisierung sowie die Sicherung der Fachkräfteversorgung, aber auch eine Handelsagenda sowie Maßnahmen für eine sichere Rohstoffversorgung. Das Entscheidende ist jetzt die schnelle und vollständige Umsetzung der Maßnahmen. Wir haben kein Erkenntnisdefizit, sondern ein Umsetzungsdefizit. Gerade den zahlreichen vergangenen Bürokratieabbauinitiativen haben die Betriebe noch jedes Mal die Note „Ungenügend“ erteilt, weil sie keinerlei Entlastung gespürt haben.

Ganz ähnlich – lassen Sie mich das kurz einschieben – verhält es sich im Übrigen mit dem vor kurzen vorgelegten KMU-Entlastungspaket der EU-Kommission. In weiten Teilen handelt es sich dabei um eine Zusammenstellung bereits angekündigter Maßnahmen. Anstatt stets neuer Besteuerungen sind Vorschläge, wie die Benennung eines KMU-Beauftragten, die konsequentere Durchführung des KMU-Tests oder das One-in-one-out-Prinzip zum Bürokratieabbau, aber endlich in der Praxis umzusetzen.

Einige konkrete Maßnahmen wurden im Ende September auch auf dem sogenannten Baugipfel von Bundesregierung und Organisationen des Bauwesens vereinbart. Ziel ist, der Krise am Bau, insbesondere beim Wohnungsbau, gegenzusteuern.

Ausgewählte Punkte sind:

- Für neu errichtete Wohngebäude soll eine degressive Abschreibung von jährlich 6 % eingeführt werden.
- Die Einführung des Effizienzhausstandards EH 40 wird für diese Legislaturperiode ausgesetzt.
- Das Vorhaben, auf EU-Ebene eine Sanierungspflicht einzuführen, soll nicht mehr unterstützt werden.
- In Städten und Kommunen mit angespannten Wohnungsmärkten soll durch eine Sonderregelung im Baugesetzbuch der Bau von bezahlbarem Wohnraum vereinfacht werden.

Auch die Förderkonditionen sollen in einigen Bereichen verbessert werden. Ferner wollen Bund und Länder noch heuer einen „Pakt für Planungs-, Genehmigungs- und Umsetzungsbeschleunigung“ abschließen. Auch hier muss durch eine schnelle und vollständige Umsetzung sichergestellt werden, dass die Impulse ihre volle Wirkung entfalten können.

Insgesamt gilt: Die Zeit der Analysen ist vorbei. Die erforderlichen Maßnahmen liegen aus Sicht des Handwerks auf dem Tisch. Wir müssen jetzt endlich in die Umsetzung kommen, wenn wir den Wirtschaftsstandort sichern wollen.

Meine Damen und Herren,

abschließend noch ein paar Sätze zur Energiepolitik, die aus meiner Sicht entscheidend unsere wirtschaftliche Zukunft prägen wird. Der Bayerische Handwerkstag hat ja bereits im vergangenen Jahr eine Resolution beschlossen, in der ein langfristig tragfähiges Energiekonzept gefordert

wird, das die wirtschaftliche Entwicklungsfähigkeit angemessen berücksichtigt. Gerade die wirtschaftliche Tragfähigkeit der Energie- und Klimapolitik wurde zu sehr aus dem Blick verloren. Das hat die Diskussion um das Gebäudeenergiegesetz eindrücklich gezeigt. Die Menschen fürchteten, dass diese Politik ihren Wohlstand gefährdet. Und damit ist eine Grenze überschritten.

Deshalb ist es gut, dass am ursprünglichen Entwurf zur Novellierung des Gebäudeenergiegesetzes noch deutliche Veränderungen vorgenommen wurden. Denn dieser Entwurf war ungeeignet, um die Ziele wirksam und wirtschaftlich zu verfolgen. Er stellte zu sehr Wärmepumpen und Wärmenetze als Lösung in den Mittelpunkt.

Die wichtigsten Verbesserungen sind, dass das Gebäudeenergiegesetz nun mit der kommunalen Wärmeplanung verzahnt wurde und es deutliche Verbesserungen hin zu mehr Technologieoffenheit gab. Damit wurden zentrale

Forderungen des Handwerks erfüllt. Wichtig ist, dass Betriebe und Kundschaft Planungssicherheit erhalten. Und dass Freiräume erhalten bleiben, den für jedes Gebäude individuell besten Weg zu wählen. Keinesfalls darf daher eine kommunale Wärmeplanung mit einem Anschlusszwang für die Kunden verbunden sein. Wir brauchen weiterhin wirtschaftlichen und technologischen Wettbewerb!

Ebenso wichtig ist eine verlässliche und attraktiv ausgestaltete Förderkulisse. Der bisher vorgelegte Entwurf ist hier nicht ausreichend. Auch im Bereich der Förderung ist Planungssicherheit erforderlich. Dies erfordert eine Finanzierung über den Zeitplan der aktuellen Finanzplanung hinaus.

Generell ist darauf zu achten, Bürger und Unternehmen vor Überlastung zu schützen. Und zwar durch dauerhaft wettbewerbsfähige Energiepreise. Der Staat kann und darf nicht über einen längeren Zeitraum einen Teil der Energiekosten übernehmen. Und bei allen Maßnahmen ist darauf

zu achten, dass ein fairer Wettbewerb gewährleistet bleibt. Deshalb kann ein Industriestrompreis aus Sicht des Handwerks keine Lösung sein. Kleine und mittlere Unternehmen stehen in Konkurrenz zu Industrieunternehmen. Ziel muss daher ein wettbewerbsfähiger Strompreis für alle Unternehmen sein! Und dieser erfordert ein breites Stromangebot, das technologieoffen und ideologiefrei alle Möglichkeiten der Stromerzeugung einbezieht. Ich denke gerade vor dem Hintergrund der Wahlergebnisse ist es jetzt Zeit, über die Ausrichtung der Energiepolitik grundsätzlich zu diskutieren und ein dauerhaft tragfähiges Konzept zu entwickeln, das den geopolitischen Entwicklungen angemessen Rechnung trägt.

Meine Damen und Herren, ich denke gerade die jüngsten Wahlergebnisse haben die politische Landschaft stark in Bewegung versetzt. Aus Sicht des Handwerks ist zu hoffen, dass den Verantwortlichen in der Politik wieder bewusst wird, dass Wohlstand jeden Tag neu erarbeitet werden muss und dass wir ohne florierende Wirtschaft auch

die anderen politischen und gesellschaftlichen Ziele nicht erreichen können. Als Bayerischer Handwerkstag werden wir die Anliegen des Handwerks auch in Zukunft konsequent an die Politik herantragen. Dafür bitte ich Sie um Ihre Unterstützung.